

# Pressemitteilung

## SPD und Grüne blockieren Helfergleichstellungsgesetz – Bauseneick kritisiert rot-grüne Verweigerungshaltung

**Lüneburg/Hannover, 26. Juni 2025** – Wenn's brennt, zählt jede helfende Hand – doch rechtlich werden Helfer bislang nicht gleich behandelt. Das will die CDU-Landtagsfraktion mit dem Helfergleichstellungsgesetz (Drs. 19/3367) ändern: Ehrenamtliche im Katastrophenschutz und der Wasser- oder Bergrettung sollen endlich dieselben Freistellungsrechte erhalten wie die der Feuerwehr. Doch SPD und Grüne haben den CDU-Antrag abgelehnt.

Dazu die Lüneburger Landtagsabgeordnete Anna Bauseneick (CDU): „Egal ob Lüneburg oder Lengede – wer freiwillig Leben rettet, verdient Respekt und faire Bedingungen.“

Bisher gilt: Wer bei der freiwilligen Feuerwehr hilft, wird bei Einsätzen oder Übungen von der Arbeit freigestellt – bei anderen Hilfsorganisationen oft nicht. Der CDU-Gesetzentwurf hätte das geändert - für Klarheit, Fairness und Rechtssicherheit – auch für viele Ehrenamtliche aus Lüneburg und Umgebung.

Gleiches Engagement verdient gleiche Rechte – das ist das Ziel der CDU. „Wir stehen an der Seite der Ehrenamtlichen. Niedersachsen kann mehr. Denn ein starker Bevölkerungsschutz braucht starke Freiwillige – und die verdienen mehr als Applaus: Sie verdienen klare Rechte!“, führt Bauseneick abschließend aus.

Hier geht es zum Gesetzentwurf: [https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen\\_19\\_05000/03001-03500/19-03367.pdf](https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_19_05000/03001-03500/19-03367.pdf)

